

Miesepeilige Sozialarbeitende in Situationen veranstalteter Partizipation: (Nicht-)Nutzung als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Beteiligungspraxis

Pigorsch, Stefanie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pigorsch, S. (2021). Miesepeilige Sozialarbeitende in Situationen veranstalteter Partizipation: (Nicht-)Nutzung als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Beteiligungspraxis. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 41(159), 9-30. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91870-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Stephanie Pigorsch

Mieseopetrige Sozialarbeitende in Situationen veranstalteter Partizipation (Nicht-)Nutzung als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Beteiligungspraxis

1 Partizipation als Programm zwischen Einladung und Verweigerung

Der Begriff der Partizipation ist aus den Diskursen und der Praxis der Gemeinwesenarbeit, der sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit und der Jugendarbeit nicht wegzudenken. Als „Schlüsselbegriff“ (Schnurr 2018) und „Arbeitsprinzip“ (Kunstreich/May 2020) in der Sozialen Arbeit steht Partizipation für eine demokratieorientierte Handlungspraxis, die die asymmetrischen Machtverhältnisse in der professionellen Beziehungsarbeit reflektiert, bearbeitet und verschiebt. Dabei spielen Formate veranstalteter Partizipation eine wichtige Rolle in der Praxis. Was hier unter Partizipation verstanden wird, kann höchst unterschiedlich sein und bezieht sich etwa auf die gemeinsame Gestaltung des Lebens im Stadtteil oder die Beteiligung an kommunalen Planungsprozessen (Munsch/Müller 2021: 13f.). In diesen Ansätzen werden die Einwohner_innen, Bürger_innen, Jugendlichen als relevante, aber oft überhörte Gruppen adressiert, die sonst in der Regel aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen sind. In offenen Formaten werden sie ermutigt, ihre Themen, Interessen und Probleme zu artikulieren. So werden Veranstaltungen organisiert, bei denen zum Beispiel das Stadtteilentwicklungskonzept um die Ideen und Bedarfe der Bewohner_innen erweitert werden soll, die Nachbarschaft zu einer Konferenz über ihre Visionen für das Quartier eingeladen wird oder junge Leute motiviert werden, eine Jugendstrategie für die Kommune zu erarbeiten. Partizipation findet hier in der Lesart als „Programm“ statt, das veranstaltet wird (ebd.: 14). Hier spielen Methoden der Partizipation eine hervorgehobene Rolle (Pigorsch 2021). „Partizipation erscheint hier als eine spezifische, nach bestimmten Regeln durchgeführte und moderierte Interaktionsform, bei der

ein_e Moderator_in die Verantwortung hat, eine Gruppe an Teilnehmer_innen in bestimmter Weise zu einem Ergebnis zu begleiten“ (Munsch/Müller 2021: 14).

Die lokale Soziale Arbeit ist neben Akteur_innen aus Verwaltung, Dachverbänden, Politik, Quartiersmanagement, Planung und von sogenannten Beteiligungsdienstleistern eine wichtige Akteurin im Kontext veranstalteter Partizipation. Wenn Sie die Veranstaltungen nicht sogar selbst ausrichtet, stellt sie häufig ihre Räumlichkeiten im Sozialraum dafür zur Verfügung oder wird gebeten, die eigenen Zielgruppen bzw. Nutzer_innen einzuladen, am Partizipationsformat teilzunehmen. Die Organisator_innen veranstalteter Partizipation, die häufig nur über indirekte und geringe Zugänge in den Sozialraum verfügen, sind gewissermaßen darauf angewiesen, dass die Akteur_innen vor Ort ihre Institutionen und Netzwerke für die Veranstaltung aufschließen.

Während die Organisator_innen der Veranstaltung zur Teilnahme motivieren, gelingt es ihnen jedoch nicht immer, die sozialräumlichen Netzwerke erfolgreich 'anzupapfen'. Es kommt öfters vor, dass die Akteur_innen aus der sozialräumlichen Arbeit oder der Jugendarbeit eben nicht sofort mit 'mit Feuer und Flamme' dabei sind. Sie reagieren zögerlich, wirken unmotiviert, kritisch, dabei sind sie bisweilen wortkarg. Während es in der Regel kein Problem darstellt, die häufig großen und damit geeigneten Räumlichkeiten der Sozialen Arbeit im Stadtteil zu nutzen (Stadtteilzentrum, Bürger_innenhaus, Jugendzentrum), entziehen sich die Sozialarbeitenden aus der Jugend- und Gemeinwesenarbeit dem Zugriff auf sie als Mit-Motivator_in zur Veranstaltung, die in den eigenen Netzwerken zur Teilnahme trommelt. Während die stellvertretende Teilnahme für die Belange der Alltagsakteur_innen¹ (Herzog 2015) oft noch in Ordnung zu sein scheint, wird die Skepsis größer, je eher die Alltagsakteur_innen oder sie selbst als professionelle Akteur_innen als Subjekte der Partizipationspraxis adressiert sind. Die Akteur_innen, die die Beteiligungspraxis ausrichten, reflektieren diese Praktiken der Sozialarbeitenden nicht selten als „miese petrig“ (in-vivo). Für die Organisator_innen – etwa aus dem Quartiersmanagement, der Stadtentwicklung oder der kommunalen Stelle für Bürger_innenbeteiligung –, die ihre Arbeit häufig mit einem hohen Maß an Idealismus verrichten, ist dies zumeist ernüchternd. Warum sind die Sozialarbeitenden vor Ort nicht genauso motiviert dabei? Dabei wollen die Organisator_innen mit dem Format doch einen Unterschied zu manch anderer Beteiligungsveranstaltung machen, die so gar nicht 'partizipativ' ist.

1 Mit dem Begriff Alltagsakteur_innen betone ich im Anschluss an Kerstin Herzog und die (Nicht-)Nutzungsforschung „die Alltagsperspektive gegenüber der institutionell geprägten Perspektive“ (Herzog 2015: 11).

Die 'miesepeiligen' Sozialarbeitenden sind meist in der mobilen, der offenen, der gemeinwesenbezogenen Arbeit aktiv, deren Sicht auf die Alltagsakteur_innen und deren Leben im Stadtteil eher mit den fachlichen Perspektiven etwa der Lebensweltorientierung (Thiersch 2014), der Lebensbewältigung (Böhnisch 2019), der sozialen Ausschließung (Anhorn/Bettinger/Stehr 2008) oder der Perspektive *from below* (Bareis/Cremer-Schäfer 2013) oder weiteren, im Kern mit einer an den Alltagsakteur_innen orientierten Fachlichkeit in Verbindung zu bringen sind. Ich schließe diese Praktiken im Folgenden aus der Perspektive einer kritischen und diskursanalytisch informierten ethnographischen Forschung auf und zeige, dass die Form der bestehenden Partizipationspraxis nicht die Antwort auf die Frage der 'gelingenden' „Arbeit an der Partizipation“ (Bareis 2012) sein kann.

2 Empirische Spuren der Praxis aus der Perspektive kritischer Sozialer Arbeit

Im Folgenden werden empirische Spuren der Praxis verfolgt und analysiert, die ich als Forschende in meiner ethnographischen Arbeit zu Ausschließung im Kontext veranstalteter Partizipation aufgenommen habe.² Dabei denke ich die Beteiligungspraxis als soziale Arena (Clarke 2012), in der um Räume der Artikulation und Repräsentation gerungen wird. Thomas Wagner hat herausgearbeitet, dass die Frage, wer zu einem politischen Gemeinwesen gehört, also wer die demokratische Rechte besitzt, an ihm zu partizipieren, auf ein konflikthafte Verhältnis verweist. Wir können uns den Raum der veranstalteten Partizipation als „eine von Widersprüchen durchzogene und umkämpfte Arena [vorstellen:P.], in der Aushandlungsprozesse und Konflikte um die Form und Grenzen von Zugehörigkeit ausgetragen werden, und damit letztlich auch auf die Auseinandersetzungen um die Form politischer Gemeinwesen selbst“ (Wagner 2019: 68). Die Situationen der Praxis sind also grundlegend konflikthafte strukturiert. Zudem ist die Praxis veranstalteter Partizipation gleichsam bereits ein Effekt von Ausschließungsprozessen, weil es entgegen der Maximen von Bürgerbeteiligung eben nicht so 'offen für alle' zugeht.

Mittels eines dezentrierten Blicks auf die Veranstaltung als gesellschaftliche Situation (Bareis 2012), werden die Kämpfe um gesellschaftliche Ressourcen sichtbar. Dabei erzählen die Praktiken der (Nicht-)Nutzung durch die Alltagsakteur_innen etwas über deren „Arbeit an der Partizipation“ (ebd.): Einer Einladung

2 Hierbei handelt es sich um mein Dissertationsprojekt bei Prof. Dr. habil. Michael May (Hochschule Rhein Main) und Prof. Dr. Gudrun Perko (Fachhochschule Potsdam).

zu einer Beteiligungsveranstaltung nicht zu folgen, wird aus dieser Forschungsperspektive nicht mit fehlendem Interesse oder mangelnder Niedrigschwelligkeit der Beteiligungsmethode erklärt. Praktiken der Nicht-Nutzung sind aus dieser Perspektive Zeichen für die Bearbeitung eines grundlegend konflikthaften Verhältnisses, auf das (zum Beispiel) mit Praktiken des Entziehens aus der Situation, mit Praktiken des Sich-nicht-Einbringens, des Nicht-Mitmachens in kritischer Form geantwortet wird. Sowohl die Nicht-Nutzung durch die Alltagsakteur_innen als auch durch die professionellen Akteur_innen der Sozialen Arbeit werden so als eigensinnige und widerständige Praxis deutbar. Insofern handelt es sich nicht um eine Form von 'Miesepetrigkeit', sondern im Kern um Kritik.

Damit hole ich die von außen häufig als Desinteresse oder Motivationslosigkeit gerahmten 'Miesepetrigkeiten' gleichsam aus der Ecke der Negativzuschreibungen heraus und deute sie als Akte der Kritik an einer Praxis, die keinen 'wirklichen' politischen Wert oder Gebrauchswert für die professionellen sowie die Alltagsakteur_innen birgt. So kann dem Unbehagen der Sozialarbeitenden – eigentlich nichts gegen Partizipation zu haben, aber dennoch den Verdacht der fehlenden Sinnhaftigkeit dieser Praxis nicht loszuwerden – ein argumentativer Impuls beigelegt werden, der ihnen in den nächsten Situation hilft zu verbalisieren, was los ist. Denn eines ist derzeit noch unklar: Die Praktiker_innen, die dieses Unbehagen spüren und Angebote der Partizipation *nicht* nutzen, können sich argumentativ noch nicht auf einen für dieses Feld ausgearbeiteten breiteren kritischen Diskurs beziehen. Dabei wäre die Dimension einer „lebendigen Arbeit“ (May 2017) an der Partizipation, die einen Gebrauchswert für die Alltagsakteur_innen beinhaltet, eine bitternötige Weichenstellung (nicht nur) für die kritische Positionierung zu Formaten veranstalteter Partizipation.

3 Praktiken 'miesepetriger' Sozialarbeitender in deren Erbringungsverhältnissen

Ich nehme im Beitrag die Eigensinnigkeit der Sozialarbeitenden zum Anlass, um Situationen inszenierter Beteiligungspraxis (der Sozialen Arbeit), zu denen sie sich 'miesepetrig' ins Verhältnis gesetzt haben, kritisch zu reflektieren. Aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung (Bareis 2012; Bareis/Cremer-Schäfer 2013; Herzog 2015) hängen Praktiken des eigensinnigen Entziehens aus der Situation in asymmetrischen Räumen mit Prozessen gesellschaftlicher Ausschließung zusammen. Entlang konkreter Beispiele aus der sozialräumlichen Praxis veranstalteter Partizipation möchte ich mich diesen Praktiken der „Arbeit an der Partizipation“ empirisch nähern.

Im ersten Beispiel zeige ich zwei Sozialarbeitende in einem Jugendtreff in einer deutschen Großstadt, die anlässlich einer Beteiligungsveranstaltung zum Stadtteilentwicklungskonzept zwar ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, aber an der weder sie selbst noch die Jugendlichen aus dem Treff teilnehmen. Im zweiten Beispiel interpretiere ich Gespräche mit einem Gemeinwesenarbeiter in einem sogenannten sozialen Brennpunkt, der mir von seinem Unbehagen und Überdruß bezüglich des Planungsprozesses der integrierten Entwicklungsplanung für den Stadtteil erzählt. In den Beispielen werden die Sozialarbeitenden unterschiedlich adressiert, doch beide Perspektiven zeigen eine kritische Auseinandersetzung mit der Beteiligungspraxis. Beide 'spielen' in je spezifischer Weise trotzdem 'mit', wenn auch sehr unterschiedlich. Anliegen meines Beitrages ist es, ihre Praktiken der (Nicht-)Nutzung auf einen übergeordneten kritischen Diskurs einer alltagsorientierten Fachlichkeit Sozialer Arbeit zu beziehen. Nach der Erläuterung der beiden Fälle werde ich daher im Sinne einer Argumentationshilfe die Deutungen zur Praxis kritisch verdichten. Im ersten Beispiel wird dies eher entlang konkreter Praktiken geschehen, die ich analytisch aufschließe. Im zweiten Beispiel gehe ich hingegen auf die ambivalenten Partizipationsverständnisse von Verwaltung/Planung und Gemeinwesenarbeit ein.

3.1 „Bei solchen Veranstaltungen hier, da muss ich nicht mitspielen“

3.1.1 Aus dem Beobachtungsprotokoll

Im Jugendzentrum in einem sogenannten sozialen Brennpunktgebiet einer deutschen Großstadt findet eine größere, kommunal organisierte, Veranstaltung statt. Es geht um die Fortschreibung der Planungskonzepte für die Stadt und den Stadtteil. Die Bürger_innen sind eingeladen, sich zu informieren und die Planungen zu qualifizieren, indem sie ihre Themen und Bedarfe einbringen. Die Veranstaltung ist recht gut besucht – der Saal ist mit etwa fünfzig Personen gefüllt. Die Teilnehmenden sitzen in Reihen. Je weniger die Teilnehmenden professionell, organisatorisch oder aus Netzwerkgründen an die Veranstaltung angebunden sind, desto weiter hinten im Raum platzieren sie sich, vielleicht um schnell und weitgehend unbemerkt wieder verschwinden zu können. Das 'Publikum' blickt auf den Verwaltungsmitarbeiter, der die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts verantwortet und den Entwurf vorstellt. Er klickt sich durch eine Powerpoint-Präsentation und stellt Maßnahmen vor, die für die Schwerpunkträume geplant sind. Es sei ein intensiver Arbeits- und Abstimmungsprozess in der Verwaltung gewesen und nun seien die mehr als dreihundert Seiten als Entwurf fertig. Man bekomme heute jedoch nicht nur

etwas präsentiert, sondern es sei inhaltlich noch offen. Die meisten Anwesenden sitzen reglos da, eine Frau macht 'graphic recordings'. Nach einer halben Stunde ist Zeit für Fragen und Anmerkungen. Es wird angemerkt, dass es zu viel Zukunftsszenario gewesen sei, zu wenig Konkretes. Weitere Anmerkungen gibt es nicht. In einem späteren Programmpunkt können die Teilnehmenden mittels einer TED-Umfrage Einfluss auf die Fortschreibung des Stadtteilentwicklungskonzeptes nehmen. Es geht darum, für die Themenschwerpunkte zu votieren, die ihnen besonders wichtig sind oder für die sie einen Bedarf sehen. Fragen zu Bildung, Kita, Gesundheit, Nahversorgung, Soziales, Nachbarschaft, Senior_innen werden gestellt. Die Fragen sind anfänglich simpel, werden zunehmend komplizierter: Die Teilnehmenden sollen zum Beispiel auf einer Skala von eins bis sechs einschätzen, wie gut oder schlecht die Kooperation zwischen Schulen und anderen Akteur_innen läuft. Mit steigender Zahl an Fragen nimmt die anfängliche Faszination für diese noch recht neue technische Möglichkeit der Abfrage ab.

An diesem späten Nachmittag sind im Jugendzentrum keine Kinder und Jugendlichen zu sehen. Niemand gibt sich als Jugendarbeiter_in zu erkennen. Ich verlasse die 'Vorderbühne' der Veranstaltung und mache mich auf die Suche. Im Seitengang sehe ich eine halb geöffnete Bürotür. Es ist das Büro des Jugendzentrums. Dort sitzen zwei Mitarbeitende an Schreibtischen. Ich klopfe, grüße, erzähle woher ich komme und gebe mich als Kollegin zu erkennen. Wo seien eigentlich die 'Kids'? Ich erzähle, dass ich mich mit Teilnehmungsformaten wie diesen hier beschäftige und mich frage, welche Rolle die Soziale Arbeit und die Nutzer_innen hier spielten. Ich werde ins Zimmer gewinkt und man bittet mich, die Tür hinter mir zu schließen. Der Club sei gerade geschlossen. Die Kids wüssten Bescheid, dass die Veranstaltung im Haus stattfindet. Es gäbe hier öfter mal solche Veranstaltungen und es würden nie Kids kommen und wenn sie da sind, dann würden sie eigentlich stören. Er meint sie hätten eine Aufmerksamkeitsspanne von fünf Minuten und dann wäre das zu anstrengend. Diese Veranstaltungen seien zu unkonkret. Ich frage, inwiefern sie sich dann als Sozialarbeitende stellvertretend einbringen würden. Er meinte das würden sie generell natürlich tun, aber „bei solchen Veranstaltungen hier, da muss ich nicht mitspielen“. „Ganz ehrlich“, da sähe er den Sinn nicht drin. Seine Kollegin blickt von ihrer Arbeit auf, nickt, lächelt mich an, lächelt ihren Kollegen an und blickt wieder auf ihren Bildschirm. Sie würden ihre Räume dafür ein paar Mal im Jahr zur Verfügung stellen, wenn die Stadt anfragt. Es gebe aber eigentlich wenige Verbindungen zu dem, was im Jugendzentrum ablaufe. Auf dem Gebiet der Jugendarbeit seien sie ganz gut vernetzt und „da bringen wir

unsere Themen ein“. Wenn er das Gefühl hätte, er könne auf Veranstaltungen wie dieser mitmachen oder mitwirken, würde er dort sein. (Beobachtungen „Stadtteilentwicklungskonzept“)

3.1.2 Praktiken des Nicht-Mitspielens

Um zu verstehen, wobei die Sozialarbeitenden nicht ‘mitspielen’, folgen im Weiteren Perspektivierungen hin auf den Beteiligungsgegenstand, die Materialität und die Praktiken der Adressierung in der Situation.

Wir haben es hier mit einer top-down-Richtung der Partizipation zu tun, also einer Veranstaltung, die von Seiten der Planungsakteur_innen ausgerichtet wird und nicht etwa aus einem Impuls der Zivilgesellschaft heraus zustande gekommen ist. Die verantwortliche Verwaltung geht dazu in den Sozialraum hinein um die Menschen dort zu erreichen, wo sie wohnen. Bei diesen Formaten ist es häufig so, dass es neben den Einwohner_innen auch eine hohe Zahl an in irgendeiner Art und Weise professionell eingebundenen Menschen gibt – sei es aus dem Quartiersmanagement, sozialen Projekten, anderen Verwaltungsbereichen usw. Die Veranstaltungen muten oft recht förmlich an. Sie sind darauf ausgerichtet, zu informieren und zu präsentieren, weswegen die materiellen Praktiken (Präsentationstechnik, Mikrofone, Leinwand etc.) eine wichtige Funktion für den situierten Diskurs einnehmen. Die Teilnehmenden sitzen, um die Präsentation ‘konsumieren’ zu können, mit Blick auf die Leinwand. Die Verwaltungsakteur_innen bekommen also Raum, den Sachstand zur Planung zu präsentieren und mittels der Darstellung der einzelnen Ebenen und Faktoren der Entwicklungsplanung zu zeigen, was wie in welcher Komplexität berücksichtigt wurde. Die Darstellung ist Informationsarbeit und dient gleichsam der Legitimationsproduktion des verwalterischen Handelns. Im Informationsteil der Veranstaltung geht es zunächst darum zuzuhören, das heißt es ist weitgehend still im Publikum.

In diesem Beispiel haben die Planer_innen den komplexen inhaltlichen Prozess in Form gebracht und ein gegliedertes, gewissenmaßen ‘portioniertes’ Konzeptpapier erarbeitet. Es umfasst mehrere Hundert Seiten. Es spiegelt die rechtlichen Rahmenbedingungen und die sich aus den Zielen und Maßnahmen abgeleiteten Verwaltungsvorgänge wider. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept wirkt als „aktiver Text“ (Smith 1998) in die Situation hinein. Es materialisiert gewissermaßen die Logiken von Planung und Verwaltung in der Situation und strukturiert so die Ausführungen des verantwortlichen Planers. Hinter den einzelnen Gliederungspunkten stehen Akteur_innen aus Verwaltung, Planung, Netzwerken des Sozialraums. Zahlreiche institutionelle Arrangements sind mit der Realisierung der einzelnen Konzeptebenen gleichsam aktiviert.

Die Sprache des Planers ist sachlich, nüchtern und passt zum Duktus des vorgestellten Konzeptes. Er betont, dass der Prozess noch offen und un abgeschlossen sei, um einen Beteiligungsspielraum zu markieren. Dies ist vor dem Hintergrund eines alltagsorientierten Partizipationsverständnisses jedoch erklärungsbedürftig. Es kann nur insofern gedeutet werden, als dass die einzelnen Maßnahmen, die aus der integrierten Planung abgeleitet werden, inhaltlich noch nicht weiter ausformuliert sind. Doch ist zu vermuten, dass es sich dabei nur um den Spielraum des Verwaltungshandelns handelt, den es braucht, um die abstrakten Maßnahmen genauer zu unterfüttern. An der Art des Konzeptes, seinen Gegenständen sowie am impliziten Partizipationsbegriff der Planung kann nichts mehr geändert werden kann. Interessierte, die entlang dieser 'Vorformatierungen' des Prozesses ihre Themen und Interessen äußern wollen, sind eingeladen, 'proaktiv' in den Dialog zu treten.

Widerstand äußert sich in der Situation nicht über 'laute' Praktiken als vielmehr über eigensinnig-widerständige 'leise' Praktiken des Entziehens aus der Situation oder – wie in den Ausführungen des Sozialarbeitenden angedeutet – über Praktiken des 'Störens'. Jenen nämlich, die nicht still sitzen bleiben und 'durchhalten' (können/wollen), bleibt die Möglichkeit des 'Störens'. Sie unterbrechen dabei die Ruhe der 'Konsumatmosphäre' der Situation, weil sie sich mittels Praktiken des Bewegens der thematischen, aber auch der körperlichen 'Zurichtung' entziehen. Das 'Ausschalten' des Körperlichen (das lange und stille Sitzen) ist auch für mich als Forschende stets mit Anstrengung verbunden. Doch während ich die Situation erdulden kann, weil sie mich auf spezifische Weise interessiert, brechen andere aus, weil das Erdulden für sie keinen Nutzen bringt.

Neben der körperlichen Dimension ist es aber auch der Gegenstand der Beteiligungspraxis, der wenig Anknüpfungspunkte für die Jugendlichen bietet: abstrakte Inhalte, sachlich-professionelle Sprache, die Förmlichkeit des Miteinanders. Wo es keinerlei Passungsmöglichkeiten zwischen Subjekt und gestalteter Situation gibt, kann man sich nicht 'loyal' verhalten. Wozu sollte diese Loyalität (Reichenbach 2020: 33) auch dienen, wenn es letztlich eben keinen Unterschied macht, ob die Jugendlichen da sind oder nicht, sie sogar angerufen werden, sich nur in spezifischer Weise zu verhalten. Sie führen (auf einem sehr moderaten Level) auf, dass sie sich die Veranstaltung nicht in einem sozial erwünschten Sinne aneignen wollen. Dabei lässt das 'Stören' – also etwa unruhig sitzen, aufstehen, Lachen, sich-Lustig-machen, provokante Fragen stellen oder was auch immer – sogar auf eigensinnige kollektive Aneignungspraktiken schließen: Praktiken der Partizipation, um sich nicht vereinnahmen zu lassen. Sie versagen der Veranstaltung die Legitimation – und werden dafür ausgeschlossen.

In der von mir beobachteten Situation kam es nicht zu erkennbarem Widerstand gegen das Planungskonzept. Eine vereinzelte Stimme aus dem 'Publikum', dass das Konzept doch wenig konkret und viel „Zukunftsszenario“ sei, war nicht nur die einzige kritische Anmerkung, sondern überhaupt die einzige Anmerkung zum Vorgestellten. Die Teilnehmenden machten von der Möglichkeit, ihre Bedürfnisse, Kritikpunkte oder Ideen zu äußern, keinen Gebrauch. Dies mag einerseits an der hohen Zahl professionell involvierter Akteur_innen vor Ort liegen, die sich von der Frage nicht adressiert fühlen. Doch die Praktiken der Nicht-Nutzung deuten auch grundlegend auf die fehlende Verbindung der Alltagsakteur_innen mit dem Was und dem Wie der Partizipation in der Situation hin. Es fehlt die Verbindung zwischen Alltag und Beteiligungsgegenstand sowie zwischen einer alltagsorientierten und einer verwaltungsorientierten Deutung des Partizipationsbegriffes. Partizipation dient aus einer alltagsorientierten Perspektive nicht der Legitimitätsproduktion, sondern eröffnet eigene und kollektive Handlungsmöglichkeiten im Gemeinwesen. Die Situation veranstalteter Partizipation hat keine Zugänge eröffnet, die von den Alltagsakteur_innen tatsächlich (lebendig) aufgegriffen werden könnten.

3.1.3 Zur Ambivalenz der Sozialarbeitenden

Wenn es so wäre, dass es bei der Veranstaltung tatsächlich Partizipation gäbe, wäre das bewusste Ausschließen der Jugendlichen durch den Mitarbeiter des Jugendzentrums problematisch. Doch genau das würde der Sozialarbeitende nicht tun, wie er ausführt: Gäbe es Raum für Partizipation, wäre er dem offen gegenüber eingestellt. Die Ausschließung mindert in seinen Augen die Chance der Jugendlichen auf einen Gebrauchswert der Veranstaltung für ihren Alltag nicht – im Gegenteil. Welche Form veranstalteter Partizipation aus seiner Perspektive stattdessen gut wäre, führt er nicht aus. Doch es wäre eine Situation, die weder zu abstrakt noch körperlich disziplinierend gestaltet wäre. Es wäre eine Situation, die am Alltag der Jugendlichen ansetzt und die Grenzen der Aneignungsräume der Situation nicht vorab antizipiert und als sozial erwünscht vorschreibt. Wenn man diese Perspektivität anerkennt, kann man die Nicht-Nutzung der Sozialarbeitenden nicht mehr als uninteressiert, unmotiviert oder eben 'miesepetrig' rahmen. Vielmehr drücken die Praktiken der Nicht-Nutzung Widerständigkeit gegen diese Form der Institutionalisierung von Partizipation aus. Sie widersetzen sich einer Praxis, die keinen Gebrauchswert für die Alltagsakteur_innen und auch nicht für die jugendpolitisch engagierten Praktiker_innen beinhaltet. Es ist Kritik an dieser „toten Arbeit“ (May 2017) der Legitimitätsproduktion.

Gleichzeitig können sie sich in ihrer Rolle als Akteur_innen der kommunalen Jugendarbeit der Situation nicht systemisch entziehen. Das Jugendzentrum ist ein

öffentlich geförderter Ort im Sozialraum. Die Mitarbeitenden des Jugendzentrums sind in gewisser Weise dazu verpflichtet, ihre Räume für Veranstaltungen zu öffnen, wenn die Stadt diese anfragt. Würde es sich um Veranstaltungen handeln, die gegen Rechtsgrundsätze verstoßen, wäre das eine andere Sache. Doch „[w]er ist schon gegen Partizipation“ (Ahrens/Wimmer 2014: 183)? Das heißt, während sich die Sozialarbeitenden als Personen der Situation der Beteiligungsveranstaltung entziehen können, wird in diesem Moment nicht die Praxis an sich infrage gestellt oder verhindert. Unabhängig davon, ob sie dies antizipieren oder nicht, verdeutlicht dies die Erbringungsverhältnisse der Praxis, die institutionelle Eingebundenheit des sozialarbeiterischen Handelns. Sie werden hier nicht als Fachpersonen adressiert, sondern als Dienstleister_innen, die eine Raumressource anbieten.

Im nächsten Beispiel wirken die Sozialarbeitenden selbst als Akteur_in im partizipativen Prozess einer integrierten Stadtentwicklungsplanung mit und ringen gleichzeitig um die Sinnhaftigkeit der Praxis aus der Perspektive einer an den Alltagsakteur_innen orientierten Fachlichkeit. Deren 'miesepettrige' Praktiken stehen nun folgend im Fokus.

3.2 „Wir wurden wieder kaputtgespielt“

3.2.1 Aus den Gesprächsnotizen

Im zweiten Beispiel möchte ich die Erzählungen und Reflexionen eines Gemeinwesenarbeiters aufgreifen. Hier sind es weniger die beobachteten Praktiken, als das ero-epische Gespräch (Girtler 2009) mit dem Akteur. Er ist in einem Nachbarschaftszentrum aktiv. Der Stadtteil ist ein in den 1980er Jahren erbaute Großwohnsiedlung in Plattenbauweise. Mitte der 2000er Jahre ist er in die Förderkulisse der „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ aufgenommen worden. Der 'soziale Brennpunkt' zeichnet sich neben sozialstrukturellen Problemlagen auch durch eine hohe Dichte an sozialer Infrastruktur aus. Es gibt diverse soziale Träger und Projekte, die das soziale und nachbarschaftliche Zusammenleben und die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Alltagsakteur_innen unterstützen.

Im Zuge der Städtebauförderung wird aktuell ein integriertes Entwicklungskonzept erarbeitet. Anders als im Beispiel oben ist der Gemeinwesenarbeiter jedoch nicht nur als potentieller 'Raumöffner' in den Sozialraum angesprochen, sondern ist als professioneller Akteur im Sozialraum in den Erarbeitungsprozess des Konzeptes selbst eingebunden. Grundlage des integrierten Entwicklungskonzeptes ist ein Zielbild für den Stadtteil, das unter Beteiligung von Akteur_innen aus Wohnungswirtschaft, Stadtplanung, Quartiersmanagement und den sozialen

Einrichtungen im Stadtteil in einem mehrschrittigen Prozess entwickelt wurde. Es sieht für die kommenden zehn Jahre einen großen Weiterentwicklungs- und Anpassungsbedarf, etwa eine stärkere soziale Durchmischung des Stadtteils, bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen oder die Entwicklung und Anpassung der städtebaulichen und sozialen Infrastruktur. Das integrierte Entwicklungskonzept im Sozialraum umzusetzen, ist komplex. Es erfordert unter anderem die kontinuierliche Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur_innen, eine Vernetzung in die Gesamtstadt, die Berücksichtigung klimarelevanter Faktoren, die Verbesserung des schlechten Images des Stadtteils oder die Identifikation der Bewohner_innen. Ein Masterplan soll die Ziele und Bedarfe bündeln.

Das Konzept, wie der Stadtteil in zehn Jahren aussehen soll, soll nun auch mit den Bewohner_innen thematisiert werden. Der Beteiligungsprozess sieht Veranstaltungen an zentralen Orten im Stadtteil vor. Ziel ist es, den Masterplan unter Beteiligung der Bewohner_innen zu erstellen.

Der Gemeinwesenarbeiter reflektiert über den bisherigen Prozess. Bis dato ist er an mehreren Stellen in den Erarbeitungsprozess des integrierten Entwicklungskonzeptes eingebunden gewesen. Es fanden vier Konferenzen im Stadtteil statt, im Rahmen derer die professionellen Akteur_innen aus dem Stadtteil an den Ideen gearbeitet haben und eine gemeinsame von den Institutionen vor Ort getragene Strategie für den Stadtteil entwickeln sollten. Ziel des Prozesses war die Übersetzung der strategischen Ziele in kleinteilige und kooperativ zu lösende Einzelmaßnahmen und Projekte. Die Konferenzen seien materiell gut ausgestattet gewesen – ein modernes Corporate Design, sogar mit Merchandising-Artikeln für die Beteiligten, eine professionelle Kommunikationsagentur im Hintergrund, Dokumentationen mit 'graphic recordings' etc.

Der positive Duktus der Visionen für den Stadtteil, der auch in zahlreichen Dokumenten bunt bebildert festgehalten ist, wird von ihm allerdings mit Skepsis beantwortet. Als Gemeinwesenarbeiter, der um die 'echten' Probleme der Menschen im Stadtteil weiß, liegt ihm wenig an der Darstellung einer 'heilen Welt', sondern er ist interessiert an einer authentischen und aufrichtigen Art des Umgangs mit den Alltagsakteur_innen im Stadtteil. Diese seien durch eine Vielzahl solcher Aktionen bereits voreingenommen gegenüber jeglichen allzu positiv gestimmten Beteiligungsansätzen. Er erzählt im Gespräch, dass er und einige Kolleg_innen angegründet seien von dem Prozess der integrierten Entwicklungsplanung, der seit nunmehr zwei Jahren im Stadtteil laufe. Seine Lust auf diese Art der Praxis sei sehr begrenzt. Es ärgert ihn, dass so viele Ressourcen dafür gebunden werden, es in seinen Augen aber für die Leute im Stadtteil nicht wirklich etwas bringe. Im Gegenteil würden kleine Entwicklungen nicht gesehen werden.

Trotz des mehrschrittigen Prozesses der Einbindung der professionellen Akteur_innen im Sozialraum empfindet er seine Einbeziehung als punktuell. Manchmal wisse er vor lauter Komplexität nicht mehr, was nun genau als nächstes anstehe. Man müsste sich schon einige Zeit in die Materie vertiefen, um wirklich durchzublicken. An den Weichenstellungen sei nichts zu ändern. Er empfindet sich als 'Rädchen im Getriebe'. Er ist nicht der einzige, der den Prozess der Erarbeitung des integrierten Entwicklungskonzeptes kritisch betrachtet. Seiner Einschätzung nach sind es eher die Akteur_innen aus sozialen Trägern, die unzufrieden sind. Die Stakeholder-Beteiligung hätte neue Netzwerkstrukturen im Stadtteil etabliert. Die ursprünglichen und auf das Soziale bezogenen Netze seien damit geschwächt worden. Langsam jedoch entwickelt sich ein kritisches Gegengewicht im Prozess. Er meint sie würden nun mehr Zeit in die Vorbereitung zu den Terminen stecken und sich mit anderen sozialen Akteur_innen gezielt absprechen.

Die nun anstehenden Beteiligungsveranstaltungen für die Bewohner_innen des Stadtteils sieht er ebenfalls skeptisch. Es gibt einige Erfahrungen mit Nachbarschaftskonferenzen oder ähnlichen Formaten im Stadtteil. Es kämen generell wenige Bewohner_innen. Die professionellen Akteur_innen des Sozialraums würden eine viel größere Rolle auf den Veranstaltungen einnehmen. Wenn sich die Bewohner_innen äußerten, dann wäre es unklar, was mit diesen Informationen passiere. Die Leute gingen frustriert aus diesen Veranstaltungen heraus, die als „Kummerkasten“ (In-vivo) empfunden werden. Nicht selten würde über Menschen im Stadtteil gesprochen, anstatt mit ihnen (Aus den Gesprächsnotizen mit dem Gemeinwesenarbeiter).

3.2.2 Praktiken des Mitspielens und Praktiken des Gegensteuerns

Während im ersten Beispiel Praktiken des Entziehens, des 'Nicht-Mitspielens' eine große Rolle spielten, sieht es im zweiten Beispiel anders aus. Hier ist es zwar prinzipiell auch möglich, sich gänzlich zu entziehen, jedoch folgen aus der Nicht-Nutzung unter Umständen Ausschließungen an anderer Stelle, zum Beispiel förderpraktischer Art. Die Praktiken der (Nicht-)Nutzung sind unterschiedlich, weil sich die Erbringungskontexte der Partizipationspraxis unterscheiden. Während im ersten Beispiel die Jugendzentrumsmitarbeitenden von den Veranstaltenden scheinbar gar nicht als potentielle Teilnehmer_innen adressiert sind, sondern als Dienstleister_innen, fällt die Entscheidung zur Nicht-Nutzung leicht. Ohne die inhaltliche Qualität der Partizipationsverfahren einzuschätzen, ist es im zweiten Beispiel ungemein schwerer, die Partizipationseinladung auszuschlagen, weil die Gemeinwesenarbeit und die Institution im Stadtteil als aktiver Part im Konzepterarbeitungsprozess mitgedacht sind und sie entsprechend adressiert werden. Hier

also entzieht sich der Gemeinwesenarbeiter den Einladungen zur veranstalteten Partizipation nicht, sondern macht mit, wenn auch mit Gefühlen des Unbehagens. Durch die Gespräche kam nicht nur die analytische Auseinandersetzung in Gang, sondern es setzte auch ein Reflexionsprozess beim Gemeinwesenarbeiter und seinem engeren Netzwerk ein, die gleichsam nach selbstbestimmten Umgangswegen mit den Widersprüchen der Praxis suchten.

Im Folgenden soll nachvollziehbar werden, was die Formulierung einer klaren Kritik an der veranstalteten Partizipation für den Gemeinwesenarbeiter so schwer macht. Um diese Frage zu beantworten muss gesehen werden, dass der Gemeinwesenarbeiter, obwohl er nicht exakt sagen kann, welchen Partizipationsbegriff er selbst hat, in Opposition zum Partizipationsverständnis der Planer_innen geht. Sein Unbehagen mündet in diffuser Kritik an der Perspektive auf Partizipation, wie sie in den Dokumenten der Verwaltung repräsentiert wird und wie sie sich in den Praktiken der Planer_innen zeigt. Meine These ist, dass das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung sich so grundlegend von dem der Gemeinwesenarbeit unterscheidet, dass eine gemeinsame Arbeit an der Partizipation erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich ist. Es gibt dennoch eine Praxis, die das leitende Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung in Szene setzt und bei der der Gemeinwesenarbeiter mitspielt. Es fehlt die kritische Positionierung durch die Akteur_innen der Gemeinwesenarbeit. Dazu gehörte es jedoch, sich klar über das eigene Partizipationsverständnis zu werden. Die 'Miesepetrigkeit' im Sinne der Außenwahrnehmung und das Unbehagen als wahrgenommener Negativzustand sind einerseits Zeichen der Unklarheit und Überforderung, die Widersprüche der Partizipation reflexiv noch nicht durchdrungen zu haben. Andererseits sind dies Anzeichen einer möglichen zukünftigen kritischen Praxis, die notwendigerweise vom Unbehagen ans Licht befördert werden müssen, damit die eigene Rolle gefunden werden kann. Mit anderen Worten – es drängt etwas auf Klarheit und Artikulation, was das positive Potential besitzt, einen kritischen Diskurs in der Praxis einzuleiten.

Dem Partizipationsbegriff wurden u.a. aus erziehungswissenschaftlicher oder sozialarbeiterischer Perspektive schon vielerorts Unschärfen (zum Beispiel Betz/Gaiser/Pluto 2010) attestiert und der Beteiligungspraxis wurde Alibi-Partizipation (insbesondere im Kinder- und Jugend- sowie im Selbsthilfekontext) oder Entbürgerlichung (Wagner 2013) bescheinigt. Doch es fehlen Annäherungen an ein kritisches Verständnis von Partizipation, das der Praxis hilft, sich im Geflecht selbstbewusst verorten und artikulieren zu können, was der eigene Blick auf Partizipation im Kontrast zum in Szene gesetzten Partizipationsbegriff der Verwaltung und Planung ist. Dazu hilft zunächst wenig, dass man herausstellt Partizipation

müsse methodisch niedrigschwellig sein oder es brauche einen klar definierten Entscheidungsrahmen. Vielmehr müssen, um sich auch im interdisziplinären sozialräumlichen Zusammenhang positionieren zu können, die *unterschiedlichen Partizipationsverständnisse* herausgearbeitet, deren *Ambivalenzen* reflektiert und die *strategischen Implikationen und institutionellen Rahmungen* aufgedeckt und problematisiert werden. Die Frage, von welchen Interessen das Handeln geleitet wird, bedeutet, nach der Funktion, der Strategie dahinter zu fragen. Das heißt ohne den Fokus auf Macht, bleibt die Diskussion um Partizipation in der konkreten Praxis unvollständig.

3.2.3 *Wobei mitspielen? Annäherung an das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung*

Die Partizipation in der Planungspraxis hängt unmittelbar zusammen mit dem neueren Diskurs koproduktiven Planungshandelns (exemplarisch Siebel 2010, kritisch Ahrens/Wimmer 2014). Partizipation ist hier ein Weg, mit den veränderten Rahmenbedingungen von Planung und Verwaltung umzugehen – Bürger_innen mehr Mitsprache einzuräumen, akzeptiertere Planungen zu erreichen und Fördergelder akquirieren zu können. Anders als im ersten Beispiel wird hier kein fertiges Konzeptpapier im Rahmen einer Veranstaltung vorgestellt, sondern Partizipation setzt früher an im Prozess der Erarbeitung des Konzeptes. Beteiligte Akteur_innen kommen aus der Verwaltung, Planung, Wohnungswirtschaft, Politik, von sozialen Trägern usw. Wünschenswert aus Sicht der Verantwortlichen wäre es sicherlich, wenn sich alle (zumindest die öffentlich geförderten) Institutionen und Projekte des Stadtteils in den Prozess einbringen würden. Das heißt das Planungshandeln ist akteur_innen- und prozessorientiert ausgerichtet. Ziel ist ein die verschiedenen Fachrichtungen integrierendes Konzept. Die Legitimation der Planung ist unmittelbar an das Paradigma der Partizipation gebunden. Partizipation wird eine strategische Funktion beigemessen: um handlungsfähig zu sein, braucht die Planung Partizipation. Das heißt die Planungsverantwortlichen führen einen anderen Modus von Beziehung zwischen Verwaltung und Sozialraumakteur_innen auf, als wir es im ersten Beispiel sehen können. Das ist erst einmal zu würdigen und entspricht dem, was die Projekte und Träger auch immer wieder selbst fordern: Präsentiert uns keine fertigen Konzepte. Beteiligt uns frühzeitig. Und auch die Formsprache des Prozesses – ein hippestes, urbanes Design – kann als Reaktion auf Forderungen nach ansprechenderen Verwaltungsdokumenten und weniger Konzeptpapieren als Word-Dokument im Blocksatz gelesen werden.

Ahrens und Wimmer (2014) stellen fest, dass die neuere Partizipationspraxis auf den ersten Blick den Eindruck macht, die Macht sei neu verteilt, die Bür-

ger_innen seien gestärkt und aus hierarchischen Verwaltungsstrukturen seien horizontale Netze geworden (ebd.: 185). Interessant ist also die Frage, warum diese Form der Partizipation (frühzeitige Kommunikation, Partizipation der Akteur_innen im Sozialraum, frisches Design), gegen die man 'eigentlich' nicht so viel haben kann, Skepsis verursacht. Und nicht nur das, es entsteht mitunter eine Unmöglichkeit, die Skepsis für sich und das eigene Netzwerk, aber auch in der 'großen Runde' zu verbalisieren und zu bearbeiten. Woran liegt das?

Im Folgenden sollen vier Schwierigkeiten des Partizipationsbegriffes hinter dem neueren Ansatz koproduktiven Planungs- und Verwaltungshandelns erläutert werden, der sich grundlegend vom Partizipationsverständnis alltagsakteur_innenorientierter Ansätze unterscheidet.

Die Praxis der Partizipation von Planung und Verwaltung ist *formatorientiert*. Das heißt es gibt dann Partizipation, wenn es eine konkrete Gelegenheit gibt, ein Format, eine Veranstaltung. Neben den rechtlich gebotenen Formaten der Öffentlichkeitsbeteiligung gibt es nicht-verfasste Formate der Einbeziehung von professionellen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen. Partizipation ohne gestaltete Situation gibt es hier nicht. Das heißt der dahinter stehende Partizipationsbegriff hat den Fokus nicht in erster Linie auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen gerichtet, sondern auf die singuläre Teilnahme an den sozialen und politischen Prozessen (Ahrens/Wimmer 2014: 176). Diese „Praxen symbolischer Partizipation und Integration“ fragen also nicht zuerst nach Zugängen zu Ressourcen, sondern dienen der diskursiven Anerkennung – „als wäre Dabeisein schon alles“ (ebd.).

Zudem ist das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung *asymmetrisch* gebaut, das heißt es benennt keinen Gegenbegriff. Während der Inklusion etwa die Exklusion entgegengestellt werden kann, fehlt dieses Pendant beim Partizipationsbegriff (ebd.: 182 f). „Diese Asymmetrie spiegelt sich in der Konjunktur des Partizipationsbegriffes und erklärt einen Teil seiner Attraktivität.“ (ebd.: 182) Denn angenommen, man würde den Gegenbegriff der Ausschließung hinzufügen, müsste erklärt werden, wen man mit Partizipation nicht erreicht oder sogar aktiv ausschließt. Der moralisch aufgeladene positive Begriff der Partizipation ermöglicht Konsensorientierung, wo hingegen der Begriff der Ausschließung konflikthaft strukturiert ist (ebd.: 183). Damit geht einher, dass der Partizipationsbegriff von Planung und Verwaltung von einem zu erreichenden Ziel (der integrierten, koproduktiven Stadtteilentwicklung) ausgeht, die nur über das Mittel der Partizipation zu erreichen ist. Das heißt es geht darum, etwas in der Zukunft liegendes, positives Gemeinsames zu schaffen – und zwar über den Weg der Zusammenarbeit in den Formaten veranstalteter Partizipation.

Der positiv konnotierte Partizipationsbegriff wird in der Praxis *operationalisiert* und in Teilprozesse zerlegt. So entstehen Situationen veranstalteter Partizipation, in denen das zu erreichende Ziel – zum Beispiel das Planungskonzept vorzustellen und zu diskutieren – in methodisch handhabbare Einzelschritte unterteilt wird. Die ‘Qualität’ des Partizipationsprozesses wird in Handbüchern gewissermaßen institutionalisiert. Die Formate überlassen das, was in den Situationen passiert, nicht dem Zufall. Nach der Veranstaltung, in der Dokumentation, werden die Organisator_innen sagen, es sei die Partizipation der professionellen Akteur_innen an der Stadtteilentwicklung gewesen. Damit jedoch wird der Partizipationsprozess in eine strategisch relevante Form gegossen, die als „*neue Form indirekter Steuerung*“ betrachtet werden und eben nicht als „Verzicht auf Lenkung“ (ebd.: 186).

Und last but not least: Die *Subjektivierungspraxis* der Aktivierung im Rahmen veranstalteter Partizipation ist an den/die *Einzelne_n* gerichtet (ebd.: 184f.). Dies bezieht sich nicht nur auf die Einwohner_innen, die als Teilnehmer_innen zu den Veranstaltungen kommen, sondern auch auf die Ansprache der Projekte und professionellen Akteur_innen. Solidarische Netzwerke im Stadtteil werden nicht als Kollektiv eingeladen, sondern einzeln adressiert. Die Netzwerke werden in den Situationen veranstalteter Partizipation zwar als solche benannt und vielleicht gewürdigt, sie werden von Planung und Verwaltung jedoch nicht als kollektives (und potentiell kritisches) politisches Subjekt gedacht und angerufen.

3.2.4 Was versteht der Gemeinwesenarbeiter unter Partizipation?

Der Gemeinwesenarbeiter kennt unterschiedliche Diskurse um Partizipation, allen voran die der eigenen Disziplin. Er selbst bewegt sich in einem interdisziplinären Terrain. Das heißt er hat verschiedene Vorstellungen davon kennengelernt, wie Partizipation sein sollte und am besten funktionieren könne. Er hat, wie er feststellt, jedoch gar nicht die Möglichkeiten, zu tief in die Theorie-Diskurse einzusteigen: Er bewegt sich auf der handlungspraktischen Ebene. Er sucht Zugänge zum Austausch mit den Alltagsakteur_innen und will deren Artikulationen aufnehmen und zusammenbringen. Partizipationsangebote sind dann sinnvoll, wenn es den Alltagsakteur_innen etwas bringt und sie mehr Handlungsmöglichkeiten und Zugänge zu Ressourcen bekommen. Wenn sie Selbstwirksamkeitserfahrungen haben. Partizipation muss ehrlich und aufrichtig gemacht sein. Man dürfe sich nicht hinter schön klingenden Worthülsen verstecken, sondern die Bewohner_innen mit deren Erfahrungen gesellschaftlicher Ausschließung ernst nehmen und eben nicht den abstrakten Planungszielen, sondern ihren Perspektiven Raum geben. Partizipation erschöpft sich für ihn nicht in punktuellen

Gelegenheiten, sondern ist eigentlich eher eine langfristig angelegte Strategie im Stadtteil, die sich an den Alltagsakteur_innen und deren Kämpfen orientiert. Wie die Partizipation von ihm als Gemeinwesenarbeiter an den sozialräumlichen Entwicklungsprozessen genau aussehen kann, kann er nicht sagen. Es bräuchte in jedem Falle aber mehr Zeit, weniger Vorgegebenes und Spielräume des Ausprobierens neuer Formen der Partizipation. Er ist auf der Suche nach Literatur der Sozialen Arbeit, die zu seinem praktisch informierten Partizipationsverständnis passt, das sich stets zwischen verschiedenen Diskurswelten bewegt.

Die Praxis der Sozialen Arbeit ist immer dann besonders klar bezüglich des eigenen Partizipationsverständnisses, wenn es sich um die eigenverantwortete Praxis geht. Wenn jedoch sie selbst als Teilnehmende an einem Partizipationsprozess eingeladen sind, muss zunächst ein Reflexionsprozess einsetzen darüber, ob Partizipation hier in einem dem Selbstverständnis des Gemeinwesenarbeiters entsprechende Art und Weise aufgeführt wird oder sich hinter dem gleichen Begriff eine Praxis verbirgt, die aus der Perspektive der Sozialen Arbeit zumindest erklärungsbedürftig ist.

3.2.5 Zwischen Kaputtspielen und Gegenspielen

Im Folgenden werde ich die beiden Perspektiven auf Partizipation zusammenbringen und deren von Widersprüchen geprägtes Spannungsverhältnis nachzeichnen. So wird verständlich, warum der Gemeinwesenarbeiter zu der beschriebenen Praxis veranstalteter Partizipation auf Abstand geht und auch, warum er 'von außen' als 'miesepetrig' (oder 'überkritisch', oder skeptisch, zögerlich, unmotiviert) reflektiert werden könnte.

Die Formatorientiertheit der beschriebenen Partizipationspraxis, das heißt die Punktualisierung der Gelegenheiten zur Bearbeitung des Komplexes sozialräumlicher Partizipation, vorgegeben durch Planung und Verwaltung, blockiert die Arbeitsweise des Gemeinwesenarbeiters, der unter Partizipation im Stadtteil eine unabhängig von punktuellen Gelegenheiten verfasste Form von Partizipationspraxis versteht. Der von den Organisator_innen der Partizipation vorgedachte und in konkreten Veranstaltungen angelegte Prozess stellt die Akteur_innen alltagsorientierter Ansätze vor die Herausforderung, ihr Partizipationsverständnis in die 'Formatvorgaben' einpassen zu müssen. Sie sind dann im Ansinnen, die eine mit der anderen Praxislogik in Einklang zu bringen, um vielleicht doch noch 'das Beste' aus der Situation herauszuholen, in einem Widerspruchsverhältnis verhaftet. Dieses reflektieren sie in erster Linie einmal selbst oder es äußert sich als mehr oder weniger diffuses Unbehagen. Für die Akteur_innen aus Planung und Verwaltung ist nicht unbedingt 'ersichtlich', in welche Ambivalenz aus Anrufung/

Zwang zur Mitwirkung und der Frage nach der Passung zur eigenen Fachlichkeit die Gemeinwesenarbeit hier gebracht wird.

Weil im asymmetrischen Partizipationsverständnis des auf Koproduktion orientierten Planungs- und Verwaltungshandelns Prozesse der Ausschließung nicht mitgedacht werden, ist Partizipation in dieser Lesart stets als konsensfähiges Positiv gedacht und mithin moralisch aufgeladen (siehe Ahrens/Wimmer 2014). Da die Gemeinwesenarbeit ihrem Selbstverständnis nach jedoch um die Prozesse gesellschaftlicher Ausschließung weiß, dies sogar Teil ihres eigenen Narrativs ist, ist der Gemeinwesenarbeiter aufgefordert, diese Blindstelle zuerst einmal selbst und im besten Falle mit dem eigenen Netzwerk zu reflektieren, zu problematisieren und schließlich zu bearbeiten. Doch wie kann eine Verständnisdiskussion in einem gemeinsamen Raum mit Planung und Verwaltung geführt werden, wenn dort keine Verständnisdiskussion möglich ist, weil es deren Selbstverständnis nach ja gerade darum geht, *mit* den Formaten die Partizipation zu verbessern? Wenn die Situation, in der Artikulationen von Kritik hervorgebracht werden, als Konfliktarena analytisch gefasst wird, in der um Deutungen gerungen wird, so zeigt die Praxis der diskursiven Bearbeitung dieser Kritik wie mit einer Taschenlampe auf das leitende Partizipationsverständnis. Grundsätzliche Kritik würde hier, wenn sie formuliert wird, zwar aufgenommen und wahrscheinlich auch dokumentiert werden, jedoch im Kern nicht 'koproduktiv' bearbeitet. Das auf eine prinzipielle Konsenshaftigkeit ausgerichtete Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung 'stört' sich an Dissens, ähnlich, wie es im ersten Beispiel mit den Jugendlichen der Fall war. Letztlich verhält die Kritik des Gemeinwesenarbeiters hier genauso wie die von Alltagsakteur_innen, die Kritik an Formaten veranstalteter Partizipation üben. Die 'überkritischen' Sozialarbeiter_innen dürfen mit der Grundsatzkritik nicht 'mitspielen', sondern werden als 'miesepetrig' reflektiert.

Der Gemeinwesenarbeiter erzählte, dass sie heute wieder 'kaputtgespielt' worden seien. Damit angesprochen ist auch eine Kritik an der enormen methodischen Vorstrukturierung der Veranstaltungen und dem damit einhergehenden vorab geplanten Ablauf. Das heißt an der Stelle, wo aus der Perspektive der Gemeinwesenarbeit der diskursive Prozess ansetzen würde, tritt ein materielles Set an vorstrukturierten Schritten, die eher dafür Sorge tragen, dass der situierte Diskurs die Planungen nicht gefährdet. Der Planungsprozess mit seinen konzentrierten Absprachen und terminierten Verbindlichkeiten spielt in die Situation hinein. Statt eine diskursive Offenheit durch 'enthaltsame' Vorstrukturierungen zu ermöglichen, wird sie hier eher nur diskursiv behauptet. An ihre Stelle tritt ein 'pädagogisierter' Prozess, in dem die Beteiligten die Schritte der Legitimationsproduktion des planerischen Handelns mitverfolgen und im vorgegebenen

Rahmen mitgestalten können. Die Metapher des 'Kaputtspielens' zeugt hier von der Unmöglichkeit, alternative Perspektiven in der Situation wachsen zu lassen, mithin sich die Situationen anzueignen – und eben trotzdem mitzumachen.

Im Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit liegt es, Prozesse der Selbstorganisation 'von unten' zu unterstützen. Die Förderung der Handlungsfähigkeit der Alltagsakteur_innen rahmt die Gemeinwesenarbeit als politische Praxis. Das *politische Subjekt* ist hier nicht das *Individuum*, sondern das Netzwerk oder die Gruppe. Diese Vereinzelung wird vom Gemeinwesenarbeiter und einigen anderen erkannt und problematisiert. Der Selbstorganisation wird innerhalb des Formates jedoch kein Raum gegeben, sondern diese Aufgabe haben die Akteur_innen zusätzlich und außerhalb des Rahmens zu leisten. Die Formierung als kollektives politisches Subjekt bekommt in seinem Erbringungskontext des konsensorientierten Partizipationsverständnisses sogar den Anschein des Subversiven. Subversiv deshalb, weil sie die mit dem Partizipationsverständnis koproduktiven Planungs- und Verwaltungshandelns einhergehenden Grenzen des Sag- und Machbaren zu unterwandern scheinen.

Der Begriff der Partizipation ist vielleicht auch deshalb so attraktiv, weil er von vielen Seiten aus besetzt werden kann, aber alle etwas Unterschiedliches darunter verstehen. Wer das eigene Partizipationsverständnis jedoch nicht umsetzen, erklären, diskutieren oder behaupten kann, entzieht sich über kurz oder lang den Situationen. Doch wer nicht so mitspielt, wird im Kontext des asymmetrischen Begriffsverständnisses, das Partizipation positiv rahmt und Ausschließung nicht benennt, selbst dafür verantwortlich gemacht. Die Verantwortung für die Ausschließung wird den Ausgeschlossenen übertragen (Ahrens/Wimmer 2014: 182). Diese Ambivalenz zwischen der Ausblendung der Ausschließungsmechanismen und der Anrufung, Teil des Partizipations-'Programms' zu sein, agieren die Sozialarbeitenden, wie gezeigt werden konnte, 'miesepetrig' aus.

4 Nicht-Nutzung als Kritik

In der (Nicht-)Nutzungsforschung bzw. den Forschungsperspektiven *from below* geht es analytisch um die „Identifizierung von Bedingungen, die als Blockierungen und Barrieren des Zugangs zu und der Nutzung und Aneignung von gesellschaftlich erzeugten Ressourcen benannt werden“ (Herzog 2015: 53). So gesehen werden die Ressourcen von Stadtentwicklung und Stadtplanung eben nicht koproduktiv verhandelt, sondern, hinter einem partizipativen Etikett versteckt, weiterhin 'von oben' verteilt. Partizipation an der Stadt(teil)entwicklung wird so eher blockiert als gefördert. Unabhängig von der Betrachtung der Qualität der Stadtentwicklungs-

entscheidungen kann der Partizipationsprozess aus der Perspektive from below somit als ausschließlich strukturiert und strategisch motiviert bezeichnet werden.

Aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung oder einer alltagsorientierten Gemeinwesenarbeit sind die Praktiken des Entziehens als auch der Suche, Worte für das Unbehagen zu finden, kritische Praxis. Die Rahmung als 'Miesepetrigkeit' zeugt von Blindstellen bei der Betrachtung der Situation. Soziale Arbeit kann sich selbstbewusst gegen die Formen veranstalteter Partizipation stellen, die eine Form der Praxis der Partizipation institutionalisieren, die die herrschaftlichen Zusammenhänge, in die sie eingebunden ist, bedienen.

Nichtsdestotrotz müssen sich die Akteur_innen der Sozialen Arbeit im Gemeinwesen fragen, welche Spielräume der Bearbeitung des Verhältnisses zwischen Mitmachen, Entziehen und aber auch Gegenagieren und Neugieren sie nutzen. Aus der (Nicht-)Nutzung kann eine eigene politische Praxis der Selbstorganisation von Akteur_innen der Sozialen Arbeit werden, „die sich mit den Widersprüchen und Restriktionen ihres Handlungsfeldes kritisch auseinandersetzen und politisch aktiv werden“ (Wagner 2019: 73) – und aber auch das Wirken für eine alternative Praxis von Gemeinwesenarbeit, die „für ihre Nutzer_innen [...] zu einer Ressource werden kann“ (ebd.: 72). Soziale Arbeit kann selbst die Arenen bilden, in denen Alltagsakteur_innen die ihnen zugeschriebenen Positionen zurückweisen und eigene Partizipationsrechte einfordern können (ebd.). Um Alltagsakteur_innen die gemeinsame Gelegenheit zu eröffnen, herauszufinden und zu artikulieren, was sie „wirklich wirklich wollen“ (Bergmann 2005, zit. nach May 2019: 105), braucht es Räume der Partizipation, in denen ihnen die Art zu sprechen nicht vorgegeben wird.

Anliegen des Beitrages war es, die Situationen und Reflexionen der Praxis veranstalteter Partizipation, die bei den Sozialarbeitenden Abwehr, Hilflosigkeit oder Unbehagen verursachen, näher zu beleuchten und ein Deutungsangebot hinsichtlich der immanenten Kritik herauszuarbeiten. Initial der Kritik ist das Narrativ der Sozialen Arbeit seit den 1970er Jahren, „sogenannten Randgruppen oder Marginalisierten eine Stimme zu verleihen, ihnen Repräsentation zu verschaffen“ (Bareis 2020: 55). Doch „wie alle anderen (quasi)staatlichen Institutionen“ sei auch die Soziale Arbeit von neoliberalen Einwirkungen betroffen – und eben auch im Hinblick auf „das 'Demokratieproblem', die Frage der Repräsentation und die Prozesse sozialer Ausschließung“ (ebd.: 56). Die Praxis veranstalteter Partizipation führt eben jenen Status quo verwalterischen Handelns auf und benutzt dafür den Terminus partizipativ, obwohl es im Kern steuerndes Handeln bleibt. Die Soziale Arbeit setzt sich auch nicht frei von Kontext mit den Widersprüchen der unterschiedlichen Partizipationsverständnisse auseinander. Denn die Soziale Arbeit ist im sozialräumlichen Netzwerk eine dieser zur Koproduktion angerufenen

Akteur_innen, die bei Ablehnung trotz aller Freiwilligkeit mit Konsequenzen zu rechnen hat. Es wäre ein wichtiger Schritt, hier vermehrt Worte zu finden, was aus Sicht der Sozialen Arbeit an dieser Partizipationspraxis zu kritisieren ist – und außerdem, alternative Praxen, etwa der partizipativ angelegten Sozialraumentwicklung (Alisch/May 2017) auszuprobieren.

Literatur

- Ahrens, Sönke/Wimmer, Michael 2014: Das Demokratieverprechen des Partizipationsdiskurses. Die Gleichsetzung von Demokratie und Partizipation. In: Schäfer, Alfred (Hrsg.): Hegemonie und autorisierende Verführung. Paderborn. S. 175-200
- Alisch, Monika/May, Michael 2017: Einleitung: Methoden partizipativer Sozialraumforschung. In: Alisch, Monika/May, Michael (Hrsg.): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Opladen, Berlin, Toronto. S. 7-31
- Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hrsg.) 2008: Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis sozialer Arbeit. 2., überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden
- Bareis, Ellen 2012: Nutzbarmachung und ihre Grenzen – (Nicht-)Nutzungsforschung im Kontext von sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Partizipation. In: Schimpf, Elke/Stehr, Johannes (Hrsg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden. S. 291-314
- 2020: Demokratie und Repräsentation: Die Straße und das Quartier als Raum der Widersprüche ortsbezogener Sozialer Arbeit. In: Diebäcker, Marc/Wild, Gabriele (Hrsg.): Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Wiesbaden. S. 55-70
- Bareis, Ellen/Cremer-Schäfer, Helga 2013: Empirische Alltagsforschung als Kritik. Grundlagen der Forschungsperspektive der „Wohlfahrtsproduktion von unten“. In: Graßhoff, Gunther (Hrsg.): Adressaten, Nutzer, Agency. Akteursbezogene Forschungsperspektiven in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden. S. 139-159
- Betz, Tanja/Gaiser, Wolfgang/Pluto, Liane 2010: Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 20/2010 vom 15.10.2010 (http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_betz_gaiser_pluto_101015.pdf; abgerufen am 19.12.2020)
- Böhnisch, Lothar 2019: Lebensbewältigung. Ein Konzept für die soziale Arbeit ; mit E-Book inside. 2., überarbeitete und erweiterte Aufl. Weinheim, Basel
- Clarke, Adele E. 2012: Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Reiner Keller. Wiesbaden
- Girtler, Roland 2009: 10 Gebote der Feldforschung. 2. Aufl. Wien
- Herzog, Kerstin 2015: Schulden und Alltag. Arbeit mit schwierigen finanziellen Situationen und die (Nicht-Nutzung) von Schuldner-Beratung. 1. Aufl. Münster

- Kunstreich, Timm/May, Michael 2020: Partizipation als Arbeitsprinzip – zur Praxis gemeinsamer Aufgabenbewältigung. In: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 40, H. 1: 49-60
- May, Michael 2017: Soziale Arbeit als Arbeit am Gemeinwesen. Ein theoretischer Begründungsrahmen. Opladen, Berlin, Toronto
- 2019: Ansätze zu einer demokratischen Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen: Perspektiven der Gemeinwesenarbeit. In: Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie. 1. Aufl. Leverkusen. S. 104-113
- Munsch, Chantal/Müller, Falko 2021: Jenseits der Intention. Ambivalenzen, Störungen und Ungleichheit mit Partizipation zusammendenken. In: Müller, Falko/Munsch, Chantal (Hrsg.): Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation. 1. Aufl. Weinheim, Basel. S. 10-36
- Pigorsch, Stephanie 2021: Verschlagworten und Systematisieren in moderierten Beteiligungsprozessen – oder: Wie Erfahrungswissen unsichtbar gemacht wird. In: Müller, Falko/Munsch, Chantal (Hrsg.): Jenseits der Intention – ethnografische Einblicke in Praktiken der Partizipation. 1. Aufl. Weinheim, Basel. S. 63-75
- Reichenbach, Roland 2020: Grenzen der interpersonalen Verständigung. Eine Kommunikationskritik. Originalausgabe. Gießen
- Schnurr, Stefan 2018: Partizipation. In: Graßhoff, Gunther/Renker, Anna/Schröer, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden. S. 631-648
- Siebel, Walter 2010: Planende Verwaltung und zivile Gesellschaft. In: Becker, Elke/Gualini, Enrico/Runkel, Carolin/Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart. S. 25-38
- Smith, Dorothy E. (1998): Der aktive Text. Eine Soziologie für Frauen. 1. Aufl. Hamburg
- Thiersch, Hans 2014: Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. 9. Aufl. Weinheim
- Wagner, Thomas 2013: Entbürgerlichung durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen politischen Handelns. Zugl.: Wuppertal, Univ., Diss., 2012. Wiesbaden
- 2019: (Post-)Demokratisierung von Gesellschaft? Soziale Arbeit im Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung. In: Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hrsg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Konzepte Sozialer Arbeit zur Förderung von Partizipation und Demokratie. 1. Aufl. Leverkusen. S. 67-75

*Stephanie Pigorsch, Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94,
14195 Berlin
pigorsch@posteo.de*